



SCHWEIZERISCHES KONSULAT  
KÖLN

Köln, den 16. März 1948.

Unser H a l

Ihr \_\_\_\_\_

*10.11.21.31.11 (Röhre.)  
NH*

*W. de Rham  
M. de Rham  
24.11  
collected  
at 10.11.48*

Herr Minister,

Das deutsche Volk ist im Ertragen von Hiobsbotschaften geübt und durch Leiden, die früheren Generationen in solchen Ausmassen unbekannt geblieben sind, in einer Weise gehärtet, dass es gegen Panikstimmungen ziemlich gefeit ist. Die wichtigsten Ereignisse im Ausland und selbst im Inland haben sich bisher bei den Deutschen nur in einem schwachen Pendelausschlag bemerkt gemacht. Ganz anders war dagegen die Reaktion auf den tragischen Tod Masaryks. Diesmal war von der sonst üblichen Apathie wenig zu merken. Die Vorgänge in der Tschechoslowakei haben hier fast dieselbe Bestürzung hervorgerufen wie in der übrigen Welt, soweit sie nicht in den Machtbereich der Sowjetunion fällt. Nie ist es auch dem Deutschen so klar geworden wie heute, dass zwischen den Methoden der Sowjets und der Nazis kein Unterschied gemacht werden kann, es sei denn der, dass die Sowjets noch erheblich robuster und rücksichtsloser vorgehen, als es die Nazis zu tun wagten. Während bisher in Westdeutschland im Gegensatz zu den amerikanisch besetzten Süddeutschland eine Kriegsgefahr im allgemeinen nicht als besonders akut angesehen wurde, geht jetzt die landläufige Auffassung dahin, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern in bedrohliche Nähe gerückt sei. Da die Deutschen die ganze Sache der Tschechoslowakei schon einmal, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, durchexerziert haben, ist ihnen das Riesenhafte der Gefahr vielleicht bewusster als anderen Völkern. Auch haben sie nicht vergessen, dass Bismarck, der sich in der europäischen Politik jedenfalls auskannte,

An das Eidgenössische Politische Departement,

- Politische Angelegenheiten -

B e r n .

Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen.  
In einem Brief nur eine Angelegenheit behandeln.



- 2 -

einmal gesagt hat, wer Böhmen besitzt, der ist der Herr Europas. Die Nachkriegspolitik der Tschechen hat dieses Volk den Deutschen begreiflicherweise noch weniger sympatisch gemacht als früher. Aber sie hatten doch gehofft, dass die Tschechoslowakei, deren Bevölkerung ebenso wenig kommunistisch eingestellt war, wie das deutsche Volk 1933 eine nationalsozialistische Mehrheit aufwies, und das mit Recht beanspruchen kann, zum westeuropäischen Kulturkreis gezählt zu werden, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West spielen und sozusagen ein Loch im Eisernen Vorhang bilden werde. Selbstverständlich weisen die Deutschen auch höhnisch darauf hin, dass die jetzigen Vorgänge in der Tschechoslowakei die Vorwürfe der Alliierten an die Deutschen, sie hätten sich 1933 dem Nationalsozialismus ganz anders widersetzen sollen, ad absurdum geführt habe. Viele fragen ironisch, ob man später auch einmal von einer Kollektivschuld der Tschechen werde sprechen. Jedenfalls kann man jetzt dieses Wort in Deutschland nicht mehr in den Mund nehmen, ohne eine solche Abfuhr zu erhalten. Starkes Aufsehen hat hier die Rede des britischen Militärgouverneurs, General Sir Brian Robertson, im alliierten Kontrollrat in Berlin über das Verhalten der Kommunisten in Deutschland und der SED in der Ostzone erregt. Derartige scharfe Worte aus dem Munde eines Engländers zu hören, war für die Deutschen eine grosse Überraschung. Robertson sprach von "einem betrügerischen Trick der SED" und erklärte, die einzige Einheit, zu der die Führer dieser Puppenpartei ihre Landsleute einluden, sei die Einheit in der Sklaverei. Einmal werde das deutsche Volk sie zur Rechenschaft ziehen für ihre Versuche, die Demokratie zu verraten und ihre Landsleute unter ein Joch zu zwingen. Ähnliche Worte gegen den Kommunismus fand auch Lord Pakenham, Aber alle diese Auslassungen wirken auf die Massen kaum. Wenn es den angelsächsischen Mächten und Frankreich in den nächsten Monaten nicht gelingt, die westdeutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, dass das wirtschaftliche Leben mit Hilfe Amerikas besser geht, wird die Neigung, trotz allem mit Russland sich zu verständigen, immer stärker werden. Man hat immer wieder den Eindruck,

- 3 -

als ob die alliierte Organisation, die mit der Erforschung der westdeutschen Meinung beauftragt ist, ihre Aufgabe vielfach nicht richtig erfüllt. Man darf nicht vergessen, dass die russische Propaganda ausserordentlich rürig ist. Wie ich von gut unterrichteter Seite höre, haben massgebende russische Stellen in Berlin führende Leute aus Westdeutschland zu sich gebeten, um ihnen darzulegen, dass die russische Politik durchaus im Interesse Deutschlands liege. Die Russen entfalten überhaupt eine ungemein lebhaftere Werbearbeit unter den Deutschen wobei sie sich in starkem Masse ihrer fünften Kolonne, der KPD, bedienen. Demgegenüber ist die politische Aktivität der Alliierten schwach. Sie kann auch nicht stark sein, solange sie sich auf Worte beschränkt und keine Taten aufzuweisen hat.

Die Lage in Gesamt-Westdeutschland ist nach wie vor wirtschaftlich und politisch äusserst unbefriedigend. Allerdings hat die Kohlenförderung fast 300 000 t arbeitstäglich erreicht. Aber man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, dass dieser Erfolg nur vorübergehend ist, wenn nicht durch Lieferungen aus Amerika erhebliche technische Verbesserungen der Gruben erfolgen. Die arbeitstägliche Förderung je Kopf lässt, gemessen am Vorkriegsstand, nach wie vor viel zu wünschen übrig. Das Prämiensystem, das der jetzigen Förderung zu Grunde liegt, wird in dem Augenblick versagen, wo die Güter und Waren, die heute der Bergmann vorzugsweise erhält, auch sonst zu kaufen sind.

Die Geldreform ist dringender als je. Arbeiter zu normalen Löhnen, d.h. zu Geldlöhnen, sind überhaupt nicht zu haben. Der Mangel an Nahrungsmitteln, den notwendigsten Kleidungsstücken und dem allernotwendigsten Hausbedarf steigt immer mehr. Insbesondere ist die Nahrungsmittelversorgung völlig ungenügend. Am 10. März erklärte ein Vertreter des Ernährungsministeriums von Nordrhein-Westfalen, für Normalverbraucher werde im Monat März kein Fleisch aufgerufen werden und auch in den darauffolgenden Monaten könne mit einer Fleischezuteilung nicht gerechnet werden. Eine zeitlang haben die Alliierten

- 4 -

versucht, dadurch dass sie den deutschen Behörden die Schuld an der trostlosen Lebensmittelversorgung zuschoben, die Erbitterung von sich abzulenken. Dies ist ihnen aber nur zu einem kleinen Teil gelungen. Einen schlagenderen Misserfolg der alliierten Politik als der Misserfolg des Speisekammergesetzes lässt sich überhaupt nicht denken. Den Verpflichteten ist es nicht einmal eingefallen, die Fragebogen bei den öffentlichen Dienststellen abzuholen, geschweige denn, sie auszufüllen. Wenn man bedenkt, dass dieses Speisekammergesetz von General Clay durch die Drohung, dass er sonst nicht in Washington für Deutschland eintreten werde, erpresst worden ist, so ist dieser Fehlschlag um so eklatanter.

Der aus seinem Amt als Direktor des Amtes für Wirtschaft entlassene Dr. Semler hat eine Denkschrift von über 120 Seiten mit zahlreichem Material den Alliierten übergeben und auch der Presse zum Teil zur Verfügung gestellt. Die Behauptungen Dr. Semlers werden von den Alliierten damit abgetan, dass sie sagen, Dr. Semler sei Privatperson und daher interessierten seine Ausführungen nicht. So können natürlich wesentliche Behauptungen Semlers nicht abgetan werden. Der nachfolgende Auszug aus einem amtlichen amerikanischen Bericht vom September 1947 beleuchtet in krasser Weise, was man von den Klagen über die mangelnde Tätigkeit der deutschen Behörden und den Umfang des Schwarzen Marktes zu halten hat. Dr. Semler gibt folgenden Auszug aus seiner Rechtfertigungsniederschrift:

"Auf Grund der Schätzungen der landwirtschaftlichen Statistiken der Bizone (vor dem Kriege und augenblicklich) und auf Grund der Feldbesichtigungen durch Vertreter der Mil.Reg. sind unsere besten Schätzungen die, dass nicht mehr als 10-15% der Lebensmittel, die augenblicklich für das Ablieferungssoll zur Verfügung sind, von Bauern oder Verteilerstellen auf den schwarzen Markt gelangen. Es ist erstaunlich, dass diese Zahl so niedrig ist im Hinblick auf die unbefriedigende Nahrungsmittellage, die seit Beginn der Besatzung besteht, und im Hinblick auf den allgemeinen Stillstand der Wirtschaft. Offiziere, die in anderen europäischen Ländern gedient haben, und landwirtschaftliche Fachleute zu Rate gezogen haben, sind der Ansicht, dass der Anteil von Nahrungsmitteln, die in Deutschland auf den schwarzen Markt gelangen,

erstaunlich gering ist. Dies ist nicht nur eine Folge der Kontrollmassnahmen, die laufend erfolgen und von deutschen Behörden und der Mil.Reg. durchgeführt werden, sondern auch eine Folge des traditionellen deutschen Gehorsams gegenüber Regierungsverordnungen. Die Deutschen sind schon daran gewohnt, dass strengste Regierungskontrollen für die Ablieferung von Lebensmitteln und Zuteilung von Rationen seit 10 Jahren durchgeführt werden; obwohl ja einiges vom Schwarzen Markt seit Beginn der Besetzung zu merken war, so bedeutet doch der historische Gehorsam der Deutschen gegenüber Kontrollen und Zwangsablieferungen einen unerwartet starken Faktor im Beschränken des Schwarzen Marktes.

Im allgemeinen rührt die Schwarzmarkttätigkeit von der Notwendigkeit her, die der Bauer hat, um sich notwendige Geräte und Verbrauchsgüter zu schaffen. Wenn der Bauer beim Schmied Hufeisen und Nägel braucht, so muss er häufig dafür mit landwirtschaftlichen Produkten bezahlen. Wendet sich der Bauer an den Stellmacher um Holz oder an Reparaturwerkstätten um Material, so erwartet man, dass er mit Nahrungsmitteln kompensiert.

Jede Abzweigung von Lebensmitteln in andere Kanäle als die zuständigen hat nachteilige Folgen für die Wirtschaft als Ganzes. Es besteht kein Zweifel, dass das gesetzwidrige Abzweigen von Lebensmitteln auch die gesetzwidrige Abzweigung von Verbrauchsgütern und Fertigwaren nach sich zieht. Selbst wenn die gesamten Nahrungsmittel, die überhaupt verfügbar wären, abgeliefert würden, und zur Verteilung kämen, würde die Ration für Normalverbraucher sich nur um 100 bis 150 Kalorien pro Kopf und Tag erhöhen. Diese Zahl ist gänzlich unbedeutend für die Gesamtlebensmittellage und tatsächlich eine erstaunlich kleine Zahl für eine Wirtschaft, die so daniederliegt wie die der Bizone in Deutschland. Man muss ausserdem bedenken, dass selbst die Lebensmittel, die durch den schwarzen Markt gehen, von der Stadtbevölkerung verbraucht werden, um so dazu beizutragen, die allgemeine Gesundheitslage zu verbessern. Die Verteilung dieser verhält-

- 6 -

nismässig kleinen Menge von Lebensmitteln durch die Behörden anstatt durch den schwarzen Markt wäre erwünscht aus Organisations- und moralischen Gründen, wäre aber nicht wesentlich den Gesundheitszustand der Bevölkerung beeinflussen."

Auf parteipolitischem Gebiet ist es in Düsseldorf zu einer ersten Fühlungnahme über die Neubesetzung des Verkehrs- und des Wiederaufbauministeriums gekommen. Beide Ministerien waren von Kommunisten besetzt. Diese waren wegen ihrer solidarischen Haltung mit dem Parteivorstand, der den Ministerpräsidenten Arnold einen Landesverräter bezeichnete, da er durch Unterstützung des Frankfurter Wirtschaftsrates einer Teilung Deutschlands Vorschub leistete, ihrer Ämter enthoben worden. Ob die jetzt aufgenommenen Verhandlungen zum Erfolg führen, bleibt abzuwarten. Nach wie vor bleiben starke Gegensätze sachlicher Art zwischen der CDU und der SPD bestehen, sodass von einer fruchtbringenden Arbeit der Landesregierung einstweilen nicht gesprochen werden kann. Die Zentrumsparterie hat die Neubesetzung der Ministerien zum Anlass genommen, ihre alte Forderung auf ein zweites Ministerium zu wiederholen. Die Freie Demokratische Partei beabsichtigt nicht, sich an der Regierung zu beteiligen.

Die Entscheidung, ob zwischen Düsseldorf und Köln ein neuer Zentralflughafen errichtet werden soll, oder ob man auf den Kölner Flughafen zurückgreifen werde, dürfte zu Gunsten von Köln entschieden werden. Ein Sprecher der Militärregierung in Köln erklärte, dass die Ausgaben für den Neubau eines Flughafens im Augenblick wahrscheinlich als zu hoch angesehen würden. Der Kölner Flughafen sei für den internen deutschen Luftverkehr gross genug.

Von zuverlässigster Seite erfahre ich über die zukünftige politische Gestaltung Westdeutschlands, dass man in Frankfurter Kreisen damit rechnet, dass spätestens im Sommer, wahrscheinlich Frühsommer - Mai, Juni - mit dem Beitritt der französischen Zone und der Errichtung eines westdeutschen Bundesstaates gerechnet wird. Man hat den Eindruck, dass zur gleichen Zeit die wichtige Frage der Währungsreform auch behandelt wird und man hofft in deutschen Kreisen zuverlässig, dass diese für Deutschland so wichtige wirtschaftliche und sozialpolitische Frage

- 7 -

nicht ohne Mitarbeit der Deutschen vor sich gehen wird. Mein Gewährsmann, der bei den Verhandlungen in Frankfurt eine sehr wichtige Rolle spielt, sagte mir, dass man dort überzeugt sei, dass mit der Einbringung der neuen deutschen Ernte ein Umschwung in der Ernährung eintreten wird, und man hofft und glaubt, dass die internationale Ernährungslage im Herbst eine Erhöhung der Rationen für die deutsche Bevölkerung ermöglichen wird. Man glaubt auch, dass der neue Direktor der Verwaltung (Wirtschaftsminister Erhard) bestrebt sein wird, die Wirtschaft in der Richtung einer wesentlich freieren Marktwirtschaft zu führen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:

